

Internationale Wissenschaftler besorgt über „den Versuch, eine neue religiöse Bewegung in Südkorea auszuschalten“

REPUBLIC OF KOREA , July 23, 2020
/EINPresswire.com/ -- Am 20. Juli lud ein Webinar internationale Wissenschaftler und Experten ein aus den Bereichen der Religion, des Völkerrechts und der Menschenrechte zum Austausch über eine neue religiöse Bewegung und die politische, religiöse und soziale Lage in Südkorea.

Das Webinar unter dem Titel „COVID-19 und Religionsfreiheit: Shincheonji-Kirche in Südkorea als Sündenbock“ befasste sich mit den jüngsten Problemen aggressiver Anfeindungen von politisch mächtigen Kirchen gegenüber einer schnell wachsenden, christlichen Konfession namens Shincheonji-Kirche Jesu, die 1984 gegründet wurde.

Laut Massimo Introvigne, einem italienischen Soziologen ist diese neue christliche Bewegung aufgrund ihres schnellen Wachstums zu einem Ziel der Verfolgung durch fundamentalistische Konfessionen geworden, die die Shincheonji-Kirche als Konkurrenz betrachten. Introvigne hat sich bereits vor COVID-19 mit der Shincheonji-Kirche befasst und die erste wissenschaftliche Arbeit über die religiöse Gruppe veröffentlicht.



Panels des Webinars



Das Thema des Webinars

Alessandro Amicarelli, der Vorsitzende der Europäischen Föderation für Glaubensfreiheit wies darauf hin, dass die südkoreanischen Behörden die Shincheonji-Kirche zum Hauptverantwortlichen für den Corona-Ausbruch erklärt haben, um die Kirche schließen zu lassen. „Bereits 30 andere Personen wurden vor der Patientin 31 (ein Shincheonji-Mitglied, das für die Verbreitung des Virus kritisiert wurde) positiv getestet. Viele Chinesen, darunter auch solche aus Wuhan, hatten Daegu (in Südkorea) besucht und die Infektion verbreitet“, erklärte Amicarelli.



Willy Fautre, der Vorsitzende von Menschenrechte ohne Grenzen (HRWF), betonte, dass die jüngsten Anfeindungen gegenüber der Shincheonji -Kirche als Versuch der fundamentalistischen Konfessionen in Südkorea angesehen werden können, um den Konkurrenten auf dem religiösen Markt zu schwächen und auszuschalten. Er fügte hinzu: "Es kam zu Menschenrechtsverletzungen durch Zwangskonvertierungsprogramme (auch als "Deprogrammierungen" bezeichnet), bei denen Shincheonji-Mitglieder entführt worden sind. Es handelt sich um eine Reaktion auf die Verluste, die die traditionellen Kirchen in Südkorea erlitten haben."

Ciarán Burke, Juraprofessor an der Universität von Derby, erklärte, dass die südkoreanischen Gesundheitsbehörden die Shincheonji-Kirche mit dem Ausbruch von COVID-19 bis heute miteinander in Verbindung bringen, obwohl bei anderen Kirchen ein noch engerer Zusammenhang zwischen dem Virus und bestätigten Fällen festgestellt wurde. Burke äußerte sich zudem besorgt darüber, „dass die Regierung personenbezogene Daten von 300.000 nationalen und internationalen Shincheonji-Mitgliedern angefordert hat, was eine mögliche Verletzung internationaler Abkommen darstellt, insbesondere des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), dem Südkorea 1990 zugestimmt hat".

Die Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen gegen die Amtsträger der Shincheonji-Kirche ein, u.a. gegen den Gründer Man Hee Lee, wegen seiner angeblichen Rolle bei der Verbreitung von COVID-19. Weiterhin wurden 3 Amtsträger der Shincheonji-Kirche am 8. Juli verhaftet, da sie beschuldigt werden, eine Rolle beim Corona-Ausbruch gespielt zu haben, indem sie "eine ungenaue Liste der Mitglieder eingereicht" hätten.

„Die Behörden ignorierten Anfragen, die sich darauf bezogen haben, das Wort „Sekte“ in ihren offiziellen Berichten über die Shincheonji-Kirche zu ändern. Die lokalen Behörden ermutigten die Bewohner dazu, die Shincheonji-Kirchenmitglieder und -Einrichtungen zu melden, was zu

Stigmatisierungen führte, bei denen die Mitglieder wie Kriminelle behandelt worden sind“, erläuterte ein Shincheonji-Amtsträger beim Webinar.

In einer Erklärung von "Familien der Verstorbenen und Opfern von COVID-19" heißt es: "Die Tausenden von Schäden und Todesfällen unter Koreanern spiegeln das Versagen der Regierung bei der ersten Reaktion gegen das Virus wieder." Die Justizministerin Choo Mi-ae "erlaubte COVID-19-Patienten aus China die Einreise nach Korea, was zu einem weit verbreiteten Ausbruch des Virus im ganzen Land und zu vielen Todesfällen führte." Die Erklärung besagt auch, dass die Justizministerin versuchen würde, ihre Verantwortung für die verursachten Schäden zu umgehen, indem sie "den Staatsanwälten unmittelbare Befehle zu Razzien und Verhaftungen gegen die Shincheonji-Kirche erteilt".

MBC, ein führender südkoreanischer Fernsehsender, berichtete, dass ein kürzlich durchgeführtes Screening in Daegu zu dem Ergebnis führte, dass die anfänglichen Fehler der Regierung bei der Eindämmung des Virus schwerwiegender gewesen sind als erwartet. Der Bericht, der die Analyse eines örtlichen Universitätsklinikums zitiert, besagt, dass mindestens 180.000 der insgesamt 2,4 Millionen Einwohner der Stadt Daegu infiziert gewesen sind, also eine Anzahl, die 27 Mal höher ist als die offiziell bestätigten 6.800 Fälle. Die meisten dieser bestätigten Fälle, über 5.000, sind Mitglieder der Shincheonji-Kirche, deren persönliche Daten von der Regierung angefordert wurden, während die verbleibenden rund 130.000 keinerlei Untersuchungen unterzogen worden sind.

Daniel Hoffmann
newscj
+49 1522 5946068
[email us here](#)

This press release can be viewed online at: <https://www.einpresswire.com/article/522362217>

EIN Presswire's priority is source transparency. We do not allow opaque clients, and our editors try to be careful about weeding out false and misleading content. As a user, if you see something we have missed, please do bring it to our attention. Your help is welcome. EIN Presswire, Everyone's Internet News Presswire™, tries to define some of the boundaries that are reasonable in today's world. Please see our Editorial Guidelines for more information.

© 1995-2020 IPD Group, Inc. All Right Reserved.